



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 12.06.2018

Niederschrift

18. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 07.06.2018

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Karlheinz Müller

Ausschussmitglied

Herr Heiko Handschuh

Herr Siegfried Hartleif

Herr Norbert Knöll

Herr Hansgeorg Münch

Herr Dr. Fritz Roth

Stellvertretendes Mitglied

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Frau Marina Glorius

Frau Peggy Yvonne Pittner

Vertreter für Oliver Schröbel

Vertreterin für Mathias Horn

Vertreterin für Miriam Mohr

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Matthias Kreh

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Magistrat

Herr Stadtrat Richard Fikar

Herr Stadtrat Diethard Kerkau

Seniorenbeirat

Herr Reinhard Daum

Verwaltung

Frau Susanne Schübler

zu TOP 4 von 20:00 Uhr - 20:24 Uhr

Schriftführerin

Frau Andrea Schickedanz

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Herr Mathias Horn

Entschuldigt; Vertreterin: Frau Marina
Glorius

Frau Miriam Mohr

Entschuldigt; Vertreterin Frau Peggy Pitt-
ner

Herr Oliver Schröbel

Entschuldigt; Vertreter: Herr Dennis Al-
fonso Muñoz

Beginn der Sitzung:

20:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:31 Uhr

Tagesordnung:

18. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 07.06.2018

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
4. Mitteilungen des Magistrats
 - 4.1. Einführung einer Wettbürosteuer
Vorlage: FB2/0378/2018
 - 4.2. Aufstellung des Jahresabschlusses 2016
Vorlage: FB2/0380/2018
 - 4.3. 1. Budgetbericht 2018 für die Zeit vom 01.01.2018 bis 30.04.2018
Vorlage: FB2/0382/2018
5. Beratung der Tagesordnung der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1. Dritte Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Groß-Umstadt
Vorlage: FB1/2773/2018
 - 5.2. Schöffenamtsperiode 2019 - 2023; Vorschlagsliste
Vorlage: FB1/2796/2018
 - 5.3. Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten
Vorlage: FB4/0402/2018
 - 5.4. Grundsatzbeschluss zum "Sozialen Wohnungsbau"
Vorlage: FB5/1211/2018
 - 5.5. Konzeption "Sozialer Wohnungsbau"
Vorlage: FDP/0025/2018
 - 5.6. Bürgerservice – Kfz-Zulassung
Vorlage: FB6/0063/2018
 - 5.7. Abplanung Nordspange
Vorlage: FDP/0027/2018
 - 5.8. Ausbau des freien WLANs
Vorlage: SPD/0016/2018
 - 5.9. Verlängerung der Migrationsstellen
Vorlage: SPD/0017/2018
6. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1 Begrüßung

Ausschussvorsitzender Müller eröffnet die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

Gegen die Niederschrift vom 26.04.2018 werden keine Einwendungen erhoben.

Zu TOP 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 4 Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Ruppert berichtet über die schwierige Personalgewinnung im Freibad. Es konnte bisher kein weiterer Schwimmmeister gefunden werden. Am Wochenende wird nochmals in der Zeitung annonciert. Da zusätzlich zu den Rettungsschwimmern ein Schwimmmeister anwesend sein muss, müssen die Badezeiten entsprechend angepasst werden.

Zu TOP 4.1 Einführung einer Wettbürosteuer Vorlage: FB2/0378/2018

Bürgermeister Ruppert merkt an, dass hierzu eine Entscheidung zu treffen sei, ob man eine entsprechende Einführung wolle oder nicht.

Herr Handschuh und Herr Alfonso Muñoz erachten die Klärung des Verhältnisses von Aufwand zu Ertrag als wichtig. Herr Handschuh bittet um Mitteilung der zu erwartenden Einnahmen.

Hierzu teilt Frau Schübler mit, dass valide Zahldaten des Betreibers über den Gewerbesteuermessbescheid ersichtlich seien. Bürgermeister Ruppert merkt an, dass diese Mitteilung aus Datenschutzgründen nicht in öffentlicher Sitzung möglich sei.

Inhalt der Mitteilung

Erläuterung des Begriffs Wettbürosteuer

Die **Wettbürosteuer** ist eine Form der Vergnügungssteuer, mit der Wettbüros bzw. Annahmestellen zur Annahme insbesondere von Sportwetten besteuert werden sollen. Als erste Kommune in Deutschland hatte die Stadt Hagen eine Wettbürosteuer eingeführt. Hauptzweck war, die Zahl der Wettbüros in der Innenstadt einzudämmen.

Die Besteuerung wurde beklagt mit Verweis auf eine Doppelbesteuerung, die verfassungswidrig sei. Bemessen wurde nach der Fläche der Einrichtung. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Steuer allerdings bestätigt. Die Bemessungsgrundlage darf aber nicht Grundfläche sein. Einige Städte haben zwischenzeitlich solche Steuern eingeführt. Die Bemessungsgrundlage ist allerdings der nachzuweisende Umsatz.

Exemplarisch liegt die Satzung der Stadt Offenbach bei. In Groß-Umstadt selbst ist aktuell eine Einrichtung in diesem Sinne gemeldet.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4.2 **Aufstellung des Jahresabschlusses 2016** **Vorlage: FB2/0380/2018**

Inhalt der Mitteilung

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 30.04.2018 den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 aufgestellt.

Gem. § 112 Abs. 9 HGO erfolgt mit dieser Mitteilung unverzüglich die Bekanntgabe der wesentlichen Daten.

Das Haushaltsjahr 2016 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von **3.639.069,96 EUR** im ordentlichen und **51.396,73 EUR** im außerordentlichen Ergebnis (Gesamtüberschuss: **3.690.466,69 EUR**) aufgestellt. Geplant war ein Überschuss von 1.277.192,00 EUR.

In das Haushaltsjahr 2017 wurden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von **7.885.355,99 EUR** und Einzahlungsermächtigungen in Höhe von **1.973.139,00 EUR** übertragen.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4.3

1. Budgetbericht 2018 für die Zeit vom 01.01.2018 bis 30.04.2018 Vorlage: FB2/0382/2018

Herr Dr. Roth erkundigt sich nach der Erstattung Tilgung Senio auf Seite 14. Hierzu teilen Bürgermeister Ruppert und Frau Schübler mit, dass dies über die Bücher der Stadt laufe. Die Stadt habe damals den Kredit aufgenommen und Zuschüsse erhalten. Nun erstattet Senio die entsprechenden Tilgungskosten.

Herr Hartleif bittet um Erläuterung des Begriffes „Ziel/Wirksystem“ auf Seite 7, wozu Bürgermeister Ruppert Stellung nimmt.

Herr Dr. Roth spricht die hohe Übertragung der Haushaltsausgabereste an und fragt nach, warum diese erst so spät vorliegen. Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass diese erst am Anfang vom neuen Jahr feststehen. Danach erfolgt die Abfrage bei den Fachbereichen, was übertragen werden muss. Frau Schübler gibt weitere Auskünfte zur möglichen Übertragung von Haushaltsmitteln und warum eine Neuveranschlagung nicht sinnvoll ist.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Hartleif, ob durch die derzeit vakante Stelle „Haushalt“ die geplante Einbringung des Haushalts gefährdet sei. Hierzu gibt Frau Schübler bekannt, dass sie sich selbst wieder darum kümmere und die Mittelanmeldungen bereits angelaufen seien. Es wird keine Verzögerungen geben.

Herr Müller erkundigt sich bezüglich des auf Seite 23 angesprochenen kommunalen Auswertungssystems Hessen „kash“, wozu die dem Protokoll online beigefügte Anlage verteilt wird.

Inhalt der Mitteilung

Mit dieser Mitteilung erhalten Sie den Budgetbericht für den Zeitraum 01.01.2018 bis 30.04.2018 zur Kenntnisnahme.

Gem. § 28 Abs. 1 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Die Haushaltssatzung 2018 ist derzeit bei der Kommunalaufsicht im Genehmigungsverfahren und folglich nicht in Kraft getreten.

Bei den vorliegenden Zahlen handelt es sich somit um Leistungen, gem. § 99 HGO (vorläufige Haushaltsführung).

Eine Aussage über den abschließenden Vollzug des Haushaltsjahres kann noch nicht getroffen werden.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Beratung der Tagesordnung der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

**Zu TOP 5.1 Dritte Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Groß-Umstadt
Vorlage: FB1/2773/2018**

Herr Münch kündigt einen Änderungsantrag der BVG-Fraktion hierzu an. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung wird die Erhöhung von Sitzungsgeldern und Pauschalen als falsches Signal empfunden.

Weiterhin bittet er um Auskunft über die zu erwartenden Mehrausgaben. Herr Ruppert teilt mit, dass diese sich jährlich auf ca. 25.000 Euro belaufen würden. In diesem Jahr wären es ca. 12.500,-- Euro. Man müsse gegen Ende des Jahres sehen, ob die Genehmigung überplanmäßiger Mittel erforderlich sei. Dies sei auch der Begründung zu entnehmen.

Beschlussempfehlung:

Die dritte Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Groß-Umstadt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

8 Jastimmen
1 Neinstimme

**Zu TOP 5.2 Schöffenamtsperiode 2019 - 2023; Vorschlagsliste
Vorlage: FB1/2796/2018**

Beschlussempfehlung:

Auf die Vorschlagsliste zur Schöffenwahl für den Zeitraum 2019 – 2023 werden aufgenommen:

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Anschrift
1	Mayer, Uwe	Sophie-Scholl-Straße 2, 64823 Groß-Umstadt
2	Ohl, Dieter	Kurt-Schumacher-Ring 7, 64823 Groß-Umstadt
3	Macht, Alois	Ringstraße 89, 64823 Groß-Umstadt
4	Eckert-Graulich, Pia	Saint-Péray-Str. 12, 64823 Groß-Umstadt
5	Lotz, Matthias	Grafenstraße 9a, 64823 Groß-Umstadt
6	Müller, Karlheinz	Im Einsiedel 20, 64823 Groß-Umstadt

7	Schröbel, Sandra	Auf der Beine 16, 64823 Groß-Umstadt
8	Bauersfeld, Ulrike	Theodor-Heuss-Straße 5, 64823 Groß-Umstadt
9	Rückert, Dieter	Im Einsiedel 8, 64823 Groß-Umstadt
10	Schoknecht, Bianca	Krankenhausstraße 8, 64823 Groß-Umstadt
11	Junge, Stefan	Ludwigstraße 11, 64823 Groß-Umstadt
12	Franz, Claus	Ringstraße 12, 64823 Groß-Umstadt
13	Dührig, Karl-Heinz	Fuchsweg 15, 64823 Groß-Umstadt
14	Rakowitz, Jessica	Schulstraße 26, 64823 Groß-Umstadt
15	Horn, Jürgen	Saint-Péray-Straße 5, 64823 Groß-Umstadt
16	Funck, Christine	Kurt-Schumacher-Ring 45, 64823 Groß-Umstadt
17	Kreutzer, Jan	Am Seidenberg 1, 64823 Groß-Umstadt
18	Scholz, Jürgen	Weidweg 38, 64823 Groß-Umstadt
19	Klamser, Dietmar	Richer Straße 14, 64823 Groß-Umstadt
20	Störlein, Bernward	Hauptstraße 9, 64823 Groß-Umstadt
21	Daum, Reinhard	Am Geiersberg 9, 64823 Groß-Umstadt
22	Meyer, Matthias	Friedensstraße 22, 64823 Groß-Umstadt
23	Scharnweber, Karl-Ludwig	Pappelweg 4, 64823 Groß-Umstadt
24	Novotny, Bernd Reinhold	Schmiedestraße 1, 64823 Groß-Umstadt

Abstimmungsergebnis:

8 Jastimmen

1 Enthaltung

Zu TOP 5.3 **Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten Vorlage: FB4/0402/2018**

Beschlussempfehlung:

Die Benutzungsgebühren ab 01.08.2018 werden entsprechend der neuen Gebührensatzung über die Nutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten angepasst – gem. Anlage -.

Unter Anrechnung der Landesförderung betragen sie ab 01.08.2018 insgesamt 15,75% von den der Berechnung zugrunde liegenden Betriebskosten.

Der in der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2016 gefasste Beschluss wird hiermit aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

9 Jastimmen

Zu TOP 5.4 Grundsatzbeschluss zum "Sozialen Wohnungsbau" Vorlage: FB5/1211/2018

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Groß-Umstadt soll grundsätzlich fordern, dass bei einer notwendigen Bauleitplanung für Schaffung von Wohnraum anteilig bis zu 30 % der Wohnungen im „Sozialen Wohnungsbau“ mit Mietpreisbindungen von mindestens zwanzig Jahren errichtet werden. Regelungen erfolgen über städtebauliche Verträge.

Voraussetzungen für das Verlangen zur Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum sind die Planung von mindestens 12 Wohneinheiten und die städtebauliche Verträglichkeit.

Nach Möglichkeit werden Vorhaben durch die Bereitstellung von Fördermitteln entsprechender Förderprogramme und/oder städtische Haushaltsmittel in Form von Zuschüssen oder Bürgschaften unterstützt.

Die Entscheidungen über eine Forderung und eine evtl. Förderung erfolgen durch die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Bauleitplanung und Haushaltsberatungen.

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen
3 Enthaltungen

Zu TOP 5.5 Konzeption "Sozialer Wohnungsbau" Vorlage: FDP/0025/2018

Im Rahmen eines interfraktionellen Gespräches wurde zur besseren Entscheidungsfindung die Erstellung einer Matrix aller Bewerber für den Sozialen Wohnungsbau durch die Verwaltung erbeten, deren Vorlage abgewartet werden soll.

Bürgermeister Ruppert stellt klar, dass hier keine Zeit verschwendet worden sei, da bis dato noch nicht feststehe, ob die Bebauung in der Mühlstraße möglich sei.

Der vorliegende Beschlussvorschlag wird mit 1 Jastimme und 8 Neinstimmen abgelehnt.

Zu TOP 5.6 Bürgerservice – Kfz-Zulassung
Vorlage: FB6/0063/2018

Beschlussempfehlung:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.03.2017 wird verändert.
Die neue Formulierung lautet, „der Magistrat hat darauf zu achten, dass das Produkt 02.02.05. „Bürgerservice – Kfz-Zulassung“ mit einem positiven Ergebnis **vor** interner Leistungs-verrechnung abschließt.

Abstimmungsergebnis:

5 Jastimmen
4 Enthaltungen

Zu TOP 5.7 Abplanung Nordspange
Vorlage: FDP/0027/2018

Herr Hartleif nimmt aufgrund § 25 HGO nicht an der Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt teil und verlässt von 21:10 – 21:14 Uhr den Sitzungssaal.

Der Antrag wird mit 1 Jastimme und 7 Neinstimmen abgelehnt.

Zu TOP 5.8 Ausbau des freien WLANs
Vorlage: SPD/0016/2018

Beschlussempfehlung:

Der Magistrat wird beauftragt Fördermittel zum Ausbau des freien WLANs der EU („Wifi4EU“) und des Landes Hessen zu beantragen, um das bestehende Angebot von freiem WLAN auf die Stadthalle, das Pfälzer Schloss, die Bürger- und Rathäuser in Kleestadt und Klein-Umstadt, die Gymnastikhalle in Raibach, den Bürgertreff in Dorndiel, den Saalbau in Richen, die Rathäuser in Richen und Heubach und die Mehrzweckhallen in Wiebelsbach und Semd sowie die Bahnhöfe „Klein-Umstadt“, „Umstadt Mitte“ und „Wiebelsbach“ zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

8 Jastimmen
1 Enthaltung

Zu TOP 5.9 Verlängerung der Migrationsstellen
Vorlage: SPD/0017/2018

Die Fraktionen CDU, BVG und FDP schließen sich ebenfalls dem Antrag an. Somit ist ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen.

Zur Anfrage von Herrn Dr. Roth, welche Zahlungen durch das Land tatsächlich übernommen werden, teilt Bürgermeister Ruppert mit, dass im letzten Jahr nur wenige Tausend Euro vom Kreis an die Stadt weitergeleitet wurden.
Es gibt Projektfinanzierungen wie z.B. Projekt Stark bzw. Sport-Couch.

Beschlussempfehlung:

Die Stellen der Migrationsbeauftragten werden bis zum 28.02.2021 verlängert. Dafür sind die entsprechenden Personalkosten einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

9 Jastimmen

Zu TOP 6 Mitteilungen und Anfragen

Stadtverordneter Handschuh

- weist auf dringend erforderliche Mäharbeiten an der Straße vom Richer Friedhof Richtung L3065 hin;
- erkundigt sich nach dem Status der Verbindungsstraße von Curtigasse zur Rodensteiner Straße, da diese von Anliegern wohl als Privatparkplatz genutzt wird.
Bürgermeister Ruppert teilt mit, dass es sich um einen öffentlichen Weg handelt und sagt entsprechende Überprüfung durch die Ordnungspolizei zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich der Ausschussvorsitzende für die rege und sachliche Diskussion und wünscht einen guten Nachhauseweg.

Karlheinz Müller
Ausschussvorsitzender

Andrea Schickedanz
Schriftführer/in